

11 Anträge (schriftlich)

11.1 Bus-Taktverdichtung vom Schulzentrum St. Peter in Richtung Süden (GRⁱⁿ Potzinger, ÖVP)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Seit Jahren beklagen sich Menschen, die in St. Peter wohnen oder arbeiten, über die mangelhafte Busanbindung vom Schulzentrum St. Peter in Richtung Süden. Aufgrund massiver Bautätigkeit und zunehmender Arbeitsmöglichkeiten im Bereich Messendorf häufen sich die Beschwerden (siehe beiliegende Stellungnahme einer betroffenen Anrainerin). Nach wie vor hat nur jede zweite Straßenbahn der Linie 6, die zum Schulzentrum fährt, einen Anschlussbus in Richtung Süden – die Busse der Linien 72 und 76U verkehren Montag bis Freitag zwischen 8 und 19 Uhr jeweils nur halbstündlich. Um die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs zu erhöhen, ist es dringend erforderlich, den Takt zu verdichten. Es soll auch geprüft werden, ob andere Linienbusse (z.B. der Firma Watzke) im Rahmen des Verkehrsverbundes auf der Route zwischen Raaba und St. Peter/Schulzentrum an den Haltestellen der Linien Graz stehenbleiben könnten, um Fahrgäste aufzunehmen.

Daher stellen wir als in St. Peter wohnhafte Gemeinderäte namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen werden dringend ersucht, im Sinne des Motivenberichtes Verbesserungsmöglichkeiten für den öffentlichen Verkehr in St. Peter auf der Strecke Schulzentrum St. Peter in Richtung Raaba zu eruieren und ehestmöglich umzusetzen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.2 Auch als Beitrag zum Grazer Kulturjahr: Kulturzug zwischen Graz, Ljubljana und Rijeka, der Kulturhauptstadt 2020
(GR Luttenberger, KPÖ)**

Seit April 2016 verkehrt zwischen Berlin und Wroclaw (Breslau) ein sogenannter Kulturzug und dies so erfolgreich, dass die ursprünglich nur bis Ende 2016 angedachte Bahnverbindung (Wroclaw war damals EU-Kulturhauptstadt) bis heute und darüber hinaus prolongiert wurde. Gefahren wird am Wochenende (Freitag bis Sonntag) zu einem Pauschalpreis von € 19,- Euro pro Richtung und Erwachsenen, Kinder unter 14 Jahre bezahlen die Hälfte.

Am 16.05.2019 konnte Folgendes in der Zeitung „Berliner Morgenpost“ gelesen werden:“ ...die Resonanz war bereits überwältigend, teilweise musste die Bahn zusätzliche Busse einsetzen, weil die aus 2 bis 3 Dieseltriebwagen bestehenden Züge nicht alle wartenden Fahrgäste mitnehmen konnten. Das große Interesse der Menschen in Deutschland und Polen sorgte dafür, dass das Konzept inzwischen bereits mehrfach verlängert wurde. Der Kulturzug verkehrt an Wochenenden und ausgewählten Feiertagen zwischen Berlin, Cottbus und Wroclaw mit weiteren Halten in Zary, Zagan und Legnica. Im Zug wird ein Kulturprogramm mit Auftritten von Künstlern und Wissenschaftlern angeboten; es gibt auch eine mobile Bibliothek. Das Programm wird von mehrsprachigen Kulturassistenten/innen begleitet...“

So ein „Kulturzug“ zwischen Graz – Ljubljana und Rijeka wäre mehr als ein schönes kulturelles/ökologisches Zeichen für diese – auch für uns so historisch bedeutende – Region. Technisch kann alles - bei gutem Willen - kein Problem sein; die Frage der Zuggattung, der Bespannung, des Wagenmaterials ist sicherlich zwischen der Steiermark/Graz, Kroatien und Slowenien, der ÖBB, HZ und SZ, lösbar und zu regeln – bei einer Fahrzeit von rd. 5 ½ Stunden pro Richtung.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die Stadt Graz möge sofort mit dem Land Steiermark, den diversen Tourismusverbänden sowie den zuständigen ÖBB-Instanzen Kontakt aufnehmen, um ab Mai 2020 den genannten Kulturzug Graz – Rijeka auf Schiene zu bringen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.3 Kostenlose Servicestelle für SeniorInnen
(GR Luttenberger, KPÖ)**

So wünschenswert und effizient es ist, dass die Stadt Graz auf die technischen Möglichkeiten der Zeit auch im Verwaltungsapparat zurückgreift, so überfordernd kann das für viele BürgerInnen, insbesondere Menschen älteren Jahrgangs, sein.

Sicherlich haben einige SeniorInnen das Glück, computeraffine Kinder oder Enkelkinder um Hilfe bitten zu können, doch viele haben leider keine passenden AnsprechpartnerInnen in ihrem Umfeld. Diese Personen stehen vor einem Problem, wenn sie wissen möchten, ob sie möglicherweise Anspruch auf eine Rezeptgebührenbefreiung hätten oder ob sie alle Zuschüsse in Anspruch nehmen, für die sie die Voraussetzungen erfüllen. Anträge, Steuererklärungen und andere Amtswege stellen viele SeniorInnen vor nicht zu lösende Aufgaben. Auch das in behördlichen Schriftstücken häufig verwendete Amtsdeutsch ist für viele Menschen nicht ohne Zusatzausführungen verständlich.

In der Vergangenheit konnten GrazerInnen in einigen Stadtteilzentren in solchen Fällen kostenlose Hilfestellung erhalten, doch seit diese als Nachbarschaftszentren nur mehr

minimale Basisförderungen bzw. projektbezogene Fördergelder in Anspruch nehmen können, fehlen für die Einstellung von fixem Personal, das projektunabhängige Öffnungszeiten aufrecht erhalten könnte, die notwendigen finanziellen Ressourcen. Im SeniorInnenbüro der Stadt Graz wird immerhin regelmäßig eine GIS-Beratung angeboten, die von vielen älteren Personen in Anspruch genommen wird. Sinnvoll wäre es, die Serviceleistungen entsprechend auszubauen, damit SeniorInnen Auskunft über ihnen zustehende Beihilfen und Leistungen sowie Unterstützung bei Amtswegen und beim Erstellen diverser Anträge in Anspruch nehmen können.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, im Sinne des Motiventextes ein Konzept für eine kostenlose Servicestelle für SeniorInnen zu erarbeiten, die Beratung und Hilfestellung bei allen Arten von Amtswegen anbietet. Die Servicestelle für SeniorInnen sollte sinnvollerweise beim SeniorInnenbüro angesiedelt sein und dabei themenübergreifend mit den einzelnen Behörden zusammenarbeiten und soweit wie rechtlich zulässig vernetzt sein. Ein Wegschicken oder Weiterschicken der Hilfesuchenden, beispielsweise aus Datenschutzgründen, soll vermieden werden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.4 Lehramtsstudium für Bildnerische Erziehung
(GRⁱⁿ Mag.^a Taberhofer, KPÖ)**

Bereits mehrfach wurde von uns als KPÖ die Einrichtung eines Lehramtsstudiums für Bildnerische Erziehung gefordert, da es seit einiger Zeit in unserer Stadt nicht mehr möglich ist, eine diesbezügliche Ausbildung für den Sekundarbereich ab der 5. Schulstufe absolvieren zu können. Aus unserer Sicht ist der Bedarf dafür vor Ort sehr groß und es ist auch nicht zumutbar, dass Interessierte gezwungen sind, nach Wien oder Linz auszuwandern, um eine adäquate Ausbildung zu erhalten. Nach einer positiven Antwort der zuständigen Stellen der Stadt Graz im März des vergangenen Jahres, in der das Anliegen unseres Antrags für wichtig erklärt, die kontinuierlichen Bemühungen der PH Steiermark zur Entwicklung eines Curriculums für Bildnerische Erziehung hervorgehoben und deren Suche nach Räumlichkeiten verdeutlicht worden sind, war vor allem auch die Erwartung damit verbunden, dass es zu einer möglichen Wiedereinrichtung dieses Studiums mit Beginn des Studienjahrs 2019/2020 kommen wird. Leider ist dieser wichtige Schritt bislang nicht erfolgt.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, in Zusammenarbeit mit den Zuständigen der PH Steiermark die Ursachen dafür zu klären, warum die Einrichtung eines Lehramtsstudiums für Bildnerische Erziehung in Graz in diesem Studienjahr noch nicht erfolgt ist. Gemeinsam sollen die Bemühungen um eine Realisierung des Studienzweiges fortgesetzt werden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.5 Die Veröffentlichung von Antworten auf Anfragen und Anträge auf der Webseite der Stadt Graz, (GRⁱⁿ Zitek, KPÖ)

Auf der Webseite der Stadt Graz kann jede Bürgerin und jeder Bürger Fragen, Anfragen und Anträge der jeweiligen Gemeinderatssitzungen nachlesen. Allerdings sind von den Antworten nur die der Fragestunde öffentlich einsehbar. Antworten auf Anfragen und Anträge werden bisher auf der Webseite der Stadt Graz nicht veröffentlicht. Da die Vertreter der Stadt Graz im Gemeinderat von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt wurden und werden, wäre es im Sinne der Transparenz wichtig, dass auch der Ausgang bzw. die Beantwortung von Anfragen und Anträgen für die Allgemeinheit nachzulesen ist. Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, auch die Antworten von Anfragen und Anträgen auf der Webseite der Stadt Graz für die Bürgerinnen und Bürger öffentlich zugänglich zu machen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.6 Petition für ein Verkaufsverbot von Feuerwerkskörpern an Privatpersonen (GRⁱⁿ Zitek, KPÖ)

Obwohl die Verwendung von Feuerwerkskörpern im Ortsgebiet, in der Nähe zu Krankenanstalten, Kinder-, Alters- und Erholungsheimen, Kirchen, Gotteshäusern sowie Tierheimen und Tiergärten, bei und in unmittelbarer Nähe von Sportveranstaltungen, innerhalb bzw. in unmittelbarer Nähe zu größeren Menschenansammlungen, in der Nähe von Tankstellen und anderen leicht

entzündlichen oder explosionsgefährdeten Gegenständen, Anlagen und Orten ganzjährig verboten ist, wird gerade zu Silvester dieses Verbot in einem scheinbar immer größer werdenden Ausmaß missachtet. Es gibt zahlreiche gute Gründe für den Verzicht auf Feuerwerkskörper:

- Das Leid, das dadurch jedes Jahr besonders für Mensch und Tier hervorgerufen wird
- hohe Feinstaubbelastung in der Silvesternacht
- Unfälle, schwere Verletzungen und Todesfälle durch Sprengkörper
- Müll
- Schäden durch Brände und Sachbeschädigung durch das Zünden von Feuerwerkskörpern

Gesetzlich ist der Verkauf von Feuerwerkskörpern an Privatpersonen durch eine Kategorisierung nach Alter geregelt, wobei Feuerwerkskörper der Kategorie F4 (Feuerwerksbomben, Fächersonnen, Fontänen, Feuertöpfe ...) nur an Personen ab 18 Jahren mit Fachkenntnis verkauft werden dürfen. Gerade zu Silvester ist aber jedes Jahr klar ersichtlich, dass Teile der Bevölkerung nicht verantwortungsvoll mit Feuerwerkskörpern umgehen können und jedes Jahr dadurch offenbar mehr Leid als Freude hervorgerufen wird. Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Der Bundesgesetzgeber wird mittels Petition durch den Grazer Gemeinderat aufgefordert, ein Verbot des Verkaufs von Feuerwerkskörpern an Privatpersonen zu erlassen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.7 Alexander-Girardi-Platz
(GR Ing. Lohr, FPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr gerne greift die FPÖ-Gemeinderatsfraktion die Idee von Manfred Grössler auf und spricht sich für die Benennung des unbenannten Parks an der Verlängerung der Girardigasse – zwischen dem Operncafé und dem Dorotheum in „Alexander-Girardi-Platz“ aus. Damit soll dem im Jahr 1850 in Graz geborenen genialen Charakterdarsteller eine besondere posthume Würdigung seiner Leistungen ausgesprochen werden.

Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständige Stelle im Magistrat der Stadt Graz möge den im Motivenbericht erwähnten Park in „Alexander-Girardi-Platz“ benennen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.8 Apfelaktion
(GRⁱⁿ Mag.^a Schleicher, FPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Da eine ausgewogene Ernährung ein wichtiger Faktor für die Gesundheit und Leistungsfähigkeit ist, soll eine dauerhafte Apfelaktion für alle Mitarbeiter der Stadt Graz eingerichtet werden. Hierbei sollen allen Kollegen Äpfel zur freien Entnahme zur Verfügung gestellt werden. Bekanntermaßen schützen die Inhaltsstoffe eines Apfels vor Krebs und Herzinfarkt, regen die Verdauung an, senken den Cholesterinspiegel, sorgen für starke Nerven bei Stress und wirken sogar

als Doping fürs Gehirn. Die Beschaffung von Lebensmitteln und deren Verteilung soll durch die zuständigen Stellen entsprechend der Geschäftseinteilung vorgenommen werden, wobei unter Wahrung des Nachhaltigkeitsgedankens auf kurze Transportwege und die steirische Herkunft Bedacht genommen werden soll.

Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die Beschaffung und Verteilung dieser Apfelaktion für die Mitarbeiter der Stadt Graz sicherstellen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.9 Generelle Regelungen für zukünftige Wintersperren von Gehwegen
(GR Mag. Kuhn, Grüne)**

Es ist sehr erfreulich, dass am Schloßberg derzeit alle Gehwege geöffnet sind und dass bei der Wintersperre genau auf die Wetterlage geachtet wird. Dies gilt jedoch nicht für alle Grazer Parkanlagen. Dabei könnte die Holding Graz eine flexiblere Handhabung aus anderen österreichischen Landeshauptstädten, die Kleine Zeitung berichtete darüber Ende Jänner, für die Zukunft übernehmen.

Daher stelle ich seitens der Grünen – ALG folgenden

Antrag:

Die Holding Graz wird in Bezug auf flexiblere Wintersperren von Gehwegen ersucht zu prüfen, wie Sperren in anderer österreichischer Landeshauptstädte gehandhabt werden und bei entsprechendem positiven Ergebnis die Regelung auch in Graz umzusetzen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.10 Sitzbänke zum Verweilen
(GR Mag. Kuhn, Grüne)**

Sehr geehrte Stadträtin Kahr, liebe Elke, damit Menschen sich in einer Stadt bzw. in ihrem Stadtteil wohlfühlen, benötigt es viele Park- und Grünanlagen, Baumalleen, nahe Einkaufsmöglichkeiten, die ohne Autos, dafür aber fußläufig oder mit dem Rad gut erreichbar sind, eine ausreichende Gesundheitsversorgung, einen gut getakteten öffentlichen Verkehr sowie viele Verweilmöglichkeiten wie z.B. Sitzbänke in allen Straßenzügen und Parkanlagen. Parkbänke werden nicht nur aber auch von gehbeeinträchtigten bzw. älteren Menschen sehr stark genutzt. Sinnvoll wäre es daher, wenn an geeigneten Flächen (Entfernungsradius von rd. 300-400 Meter) in den inneren Bezirken der Stadt Graz Sitzbänke aufgestellt werden. Dies gilt natürlich auch in einem zweiten Schritt für die äußeren Bezirke.

Daher stelle ich seitens der Grünen – ALG folgenden

Antrag:

Die Abteilung für Stadtplanung wird in Zusammenarbeit mit der Holding Graz ersucht zu prüfen, wo innerhalb der Bezirke 1 bis 6 bei entsprechenden Platzgegebenheiten zusätzliche Sitzbänke aufgestellt werden können, insbesondere in ÖV-

Haltestellenbereichen sowie entlang jener Wege, die von vielen FußgängerInnen frequentiert werden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.11 Infokampagne über die Gefahren von früher Handynutzung (GRⁱⁿ Wutte, MA, Grüne)

Bereits Babys und Kleinkinder verbringen immer mehr Zeit vor Handys, Tablets und Co. KinderärztInnen und andere ExpertInnen sehen die zu intensive Handynutzung kleiner Kinder extrem kritisch. So warnte die Kinderärztin Nicole Grois in der Kleinen Zeitung unlängst eindringlich: „Diese Entwicklungsstörung kann eine ganze Generation betreffen, wir sehen hier ein großes Problem.“ Durch übermäßige Handynutzung können Sprach- und Verhaltensstörungen und sogar ein Phänomen namens „Pseudo-Autismus“ entstehen: Da Kinder nicht ausreichend im sozialen Austausch mit anderen sind, entwickeln sie ähnliche Züge wie AutistInnen. ExpertInnen empfehlen deshalb, dass Kinder unter zwei Jahren überhaupt keine Handys nutzen sollen; im Vorschulalter soll die maximale Bildschirmzeit 30 Minuten am Tag betragen. Vielen Eltern ist noch nicht bewusst, wie negativ sich die Handynutzung auf die Entwicklung ihrer Kinder auswirken kann. Gerade an stressigen Tagen werden Handys und andere Bildschirme mitunter als „Babysitter“ eingesetzt. Die Stadt Graz könnte durch verschiedene Sensibilisierungsmaßnahmen auf dieses wichtige Thema aufmerksam machen: So könnte der Willkommensmappe, die alle neugeborenen Kinder erhalten, auch eine Information über die Gefahren von übermäßiger und zu früher Handynutzung beigelegt werden. Auch die Elternberatungsstellen der Stadt könnten Eltern verstärkt auf das Problem aufmerksam machen.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Antrag:

- 1.) Der für Jugend und Familie zuständige Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, der Willkommensmappe für Neugeborene eine Information zu den Gefahren übermäßiger Handynutzung beizulegen und unter Einbeziehung des für Gesundheit zuständigen Stadtrats Mag. Robert Krotzer weitere Möglichkeiten, Grazer Eltern für dieses Problem zu sensibilisieren, zu diskutieren.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.12 Geschwindigkeitskontrolle in der Bahnhofstraße
(GR Mag. (FH) Muhr, MSc, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Bahnhofstraße im Bezirk Straßgang ist trotz einer Geschwindigkeitsbegrenzung mit 30 km/h eine beliebte Verbindungsstraße zur Gradnerstraße. Leider wird diese Geschwindigkeitsbegrenzung von vielen Verkehrsteilnehmern einfach ignoriert, sodass die Sicherheit der Fußgänger und Radfahrer in dieser Straße nicht im vollen Ausmaß gewährleistet scheint. Einige AnrainerInnen haben diesbezüglich von Situationen berichtet, in denen FußgängerInnen durch AutofahrerInnen, die mit überhöhter Geschwindigkeit unterwegs waren, in sehr gefährliche Situationen gerieten. In diesem Sinne stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

Antrag:

Das Straßenamt möge mit geeigneten Messgeräten eine Kontrolle und Auswertung der Geschwindigkeit der VerkehrsteilnehmerInnen im Bereich Bahnhofstraße durchführen. Bei entsprechenden Ergebnissen ist seitens der Stadt Graz die Exekutive einerseits zu

informieren und andererseits um die Durchführung von Schwerpunktkontrollen hinsichtlich vermuteter Geschwindigkeitsübertretungen in der Bahnhofstraße zu ersuchen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.13 Objektive Stellenbesetzungen für Top-Jobs im Haus Graz (GR Swatek, Neos)

Immer wieder steht die schwarz-blaue Stadtregierung und damit auch unsere Stadt unter starker Kritik, Stellen im Haus Graz nach Parteibuch und nicht nach Kompetenz zu besetzen. Da in unseren öffentlichen Unternehmen jedoch die klügsten und kompetentesten Bürgerinnen und Bürger sitzen sollten und nicht das Parteibuch als ausschlaggebendes Einstellungskriterium zählen sollte, ist es dringend Zeit, hier konkrete Richtlinien zu beschließen, die dies sicherstellen sollen. Dafür ist es dringend nötig, endlich für transparente, offene und vor allem objektive und nachvollziehbare Auswahlverfahren für Top-Jobs in unserer Stadt zu sorgen. Gemäß §17 der Geschäftsordnung des Gemeinderates stelle ich den

Antrag,

die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, neue Richtlinien für die Vergabe von Jobs im Haus Graz zu erarbeiten. Dabei soll festgeschrieben werden, dass

- a) alle Jobs im Haus Graz öffentlich ausgeschrieben werden müssen
- b) ein Auswahlverfahren für alle Jobs festgeschrieben wird, bei dem die Kompetenz der jeweiligen BewerberInnen im Vordergrund stehen sollen. Weiters soll bei einer Auswahlkommission darauf geachtet werden, dass diese abseits von parteipolitischen Interessen besetzt werden

- c) bei allen Hearings eine unabhängige, objektive und externe Agentur im Bestellungsprozess eingebunden ist
- d) bei hochrangigen Manager-Funktionen öffentliche Hearings stattfinden, damit sich Bürgerinnen und Bürger genauestens über die wichtigsten StadtvertreterInnen und deren Kompetenz informieren können
- e) ein Kontrollmechanismus eingeführt wird, der es dem Gemeinderat ermöglicht, Postenbesetzungen in der Stadt Graz genau zu evaluieren.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 13. Februar 2020

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet. Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio** schließt die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 18.50 Uhr.

Eine nicht öffentliche Sitzung hat an diesem Tag nicht stattgefunden.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreter
Mag. (FH) Mario Eustacchio

Stadtrat
Kurt Hohensinner, MBA

Stadträtin
Elke Kahr

Stadtrat
Dr. Günter Riegler

Stadträtin
Mag.^a Judith Schwentner

Schriftführer und Schriftprüfer:

Der Schriftführer:
Wolfgang Polz

Der Schriftprüfer:
GR Mag. Rudolf Moser

wörtliches Protokoll erstellt von: Carina Reiter